

Zur Geschichte des Landesverbandes Brandenburg der DVPB

Demokratieförderung durch eine starke Politische Bildung ist eines der Gründungsmotive der DVPB, die 1965 von Lehrerinnen und Lehrern, politischen Bildnerinnen und Bildnern in der Jugend- und Erwachsenenbildung sowie Politikdidaktikerinnen und -didaktikern in Westdeutschland gegründet wurde. Leitmotiv des Engagements waren und sind mahnende Worte wie „Niemand wird als Demokrat geboren!“ (Michael Greven) oder „Demokraten fallen nicht vom Himmel!“ (Theodor Eschenburg). Sich demokratisch zu beteiligen, setzt Wissen, Können sowie die Bereitschaft voraus, sich für sich selbst und die Gemeinschaft zu engagieren. Dieses zu befördern ist Anliegen der DVPB.

1991- 2003/04

Das Leitmotiv war auch für die Gründung des Landesverbandes Brandenburg der DVPB im Mai 1991 bestimmend. In einer Potsdamer Turnhalle kamen am 4. Mai 1991 Lehrerinnen und Lehrer für das neue Unterrichtsfach Politische Bildung zusammen, ermuntert durch Kolleginnen und Kollegen aus Nordrhein-Westfalen und Westberlin sowie durch die damalige Bildungsministerin Marianne Birthler, um den Landesverband Brandenburg der DVPB zu gründen. Erste Vorsitzende war die Politiklehrerin Karin Kopsch aus Brandenburg/Havel, später leitete Hilmar Guntowski, ein Potsdamer Politiklehrer, den Verein.

In den ersten Monaten der friedlichen Revolution wurde das Fach Staatsbürgerkunde als indoktrinierendes Fach abgesetzt, aber zugleich kam die Forderung nach einer pluralistischen politischen Bildung und nach einer demokratischen Werteerziehung in der Schule auf. Aus den damaligen Diskussionen um eine demokratische Werteerziehung gingen das Fach Lebenskunde – Ethik – Religionskunde sowie das Fach Politische Bildung hervor. Das Fach Politische Bildung sollte kein Fach in den Diensten einer Partei (parteipolitische Neutralität) werden, sondern weltanschaulicher Vielfalt und der Anerkennung einer pluralistischen Gesellschaft verpflichtet sein. Es sollte durch sozialwissenschaftlich Bildung aufklären und die Demokratisierung von Gesellschaft, Schule und Politik in der gesellschaftlichen Transformation begleiten. Mit dem Kurs auf die Deutsche Einheit orientierten sich die Diskussionen über das neue Fach Politische Bildung zunehmend an westdeutschen Strukturen und Inhalten politischer Bildung. Das Fach Politische Bildung entwickelte sich mit Unterstützung durch westdeutsche Kolleginnen und Kollegen von der FU Berlin und aus NRW als Partnerland bei der Transformation der Verwaltungsstrukturen: gemeinsame Kommissionen entwickelten die fachlichen Rahmenpläne, man tauschte sich bei der Gestaltung von Studienprogrammen aus, organisierte gemeinsame Fortbildungen, unterstützte die Schulen durch Schulbücher und Unterrichtsmaterialien für das neue Fach. Die BpB förderte Fortbildungsveranstaltungen und stellte Publikationen zur Verfügung. Die DVPB förderte durch ihre Kongresse der politischen Bildung den Wissenstransfer und die Vernetzung der politischen Bildnerinnen und Bilder in Schule, in der außerschulischen politischen Jugend- und Erwachsenenbildung sowie an den Hochschulen. Die politische Bildung im Land Brandenburg sowie der Landesverband der DVPB waren im Aufwind. In den folgenden Jahren wurde Politische Bildung als schulisches Unterrichtsfach in Brandenburg durchgängig von Klasse 5 bis 13 und in der beruflichen Bildung eingeführt. Es hatte eine starke Stellung in den Stundentafeln des Brandenburger Schulsystems. Zugleich wurde die Ausbildung von Lehrerinnen

und Lehrern für dieses neue Fach forciert, erst mit Unterstützung der BpB und der FU Berlin, dann durch ein umfangreiches Weiterbildungsprogramm des MBS. Ca. 600 Lehrerinnen und Lehrer absolvierten diese Programme an der Universität Potsdam, später dann dezentral in den Schulamtsbereichen. Diese erste Generation von Politiklehrerinnen und -lehrern unterrichtete parallel zum Studium schon in den Schulen. Viele von ihnen waren Mitglied im Landesverband der DVPB und sahen in ihm ihre Interessenvertretung. 1993 wurde das grundständige Fachstudium für Politiklehrerinnen und -lehrer an der Universität Potsdam eingeführt.

Diese Prozesse wurden auch durch die DVPB als Vereinigung zur Interessenvertretung, zum fachlichen Austausch und zur gegenseitigen Unterstützung begleitet. Es entstand eine Atmosphäre des Aufbruchs, der Erneuerung, der erlebten Gestaltungsmöglichkeiten in Schule und Gesellschaft, dies förderte auch die Mitgliedschaft in der DVPB Brandenburg.

Mit dem erreichten Ausbau der Politischen Bildung an Schulen begann 1996 durch neue politische Akzente die zunehmende Randständigkeit des Faches. Die „kostenneutrale“ Einführung von LER als neues wertorientiertes Fach an Schulen ab 1996 führte zum Streichen der Stunden für Politische Bildung in der Klassestufe 7/8. Durch bundesweite Entwicklungen fiel 2002 die Abiturbindung von Politischer Bildung in der GOST zugunsten von Geschichte. Die zunehmende Randständigkeit des Faches führte zur Entwertung von beruflichen Abschlüssen aus dem Weiterbildungsstudium nach der Vereinigung sowie dazu, dass auch junge, grundständig ausgebildete Absolventinnen und Absolventen geringe Einstellungschancen im Land Brandenburg hatten. In der Folge traten viele Politiklehrerinnen und -lehrer aus dem Verband aus bzw. erst gar nicht ein, weil sie enttäuscht waren und ihre Interessen durch den Verein nicht vertreten sahen.

2000 – 2010/11

Nach dem 8. Bundeskongress der politischen Bildung unter dem Leitthema „Internationalisierung von Wirtschaft und Politik“, der vom 16. bis 18.3.2000 in Potsdam stattfand, gelang es dem Landesverband nicht, den Schwung aus der Veranstaltung mitzunehmen und einen arbeitsfähigen Vorstand zu wählen, der Verein stand vor der Auflösung. Durch die Unterstützung des Bundesvorstandes und des Partnervereins aus NRW gelang es 2003 einen arbeitsfähigen Vorstand zu wählen. Dieter Starke, Politiklehrer am OSZ in Oranienburg, wurde Vorsitzender.

Die Auftaktveranstaltung mit dem neuen Vorstand fand gemeinsam mit dem Verein Kumulus e.V. zur Juniorwahl parallel zur Landtagswahl in Brandenburg 2003 statt. Mit dem Projekt Juniorwahl hatte der Verein ein Projekt, dessen Förderung ihn unter Brandenburger Lehrerinnen und Lehrer bekannt machte, und dessen bundesweites Bekanntmachen er auch über den Bundesverband unterstützte. Mit der Juniorwahl zu den Landtagswahlen in Brandenburg entwickelte sich bis 2017 eine enge Kooperation zwischen dem Kumulus Verein, dem Landtag Brandenburg und dem Landesverband Brandenburg der DVPB.

Mit dem Landtag Brandenburg hatte der Verband einen zweiten starken Kooperationspartner gewonnen, der von 2005 bis 2011 die gemeinsamen Fortbildungsveranstaltungen im Landtag finanziell und organisatorisch unterstützte sowie half, attraktive Referentinnen und Referenten zu gewinnen:

- 2005 Rechtsextremismus und politische Bildung
- 2006 Brandenburg in Europa – Europa in Brandenburg – Anforderungen an die politische Bildung
- 2007 Regionale Wirtschaftspolitik in Brandenburg - Ansprüche an den/die Wirtschaftsbürgerin
- 2008 Jugend und Recht – Rechtserziehung als Aufgabe der politischen Bildung
- 2009 Juniorwahl parallel zur Landtagswahl in Brandenburg
- 2009 Zeitzeugen in der Politischen Bildung. Fortbildungsveranstaltung mit/in der Projektwerkstatt der Gedenkstätte „Lindenstraße 54“
- 2010 Politik(er)ferne Jugend oder jugendferne Politik(er)?
- 2011 In eigener Sache – Welche politische Bildung brauchen wir?
- 2011 Smart-Board in der Politischen Bildung. Fortbildungsveranstaltung für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren der politischen Bildung mit dem/am LISUM
- 2012 Medien und Politikvermittlung – Wie erreicht man Jugendliche?

Die letztgenannte Veranstaltung musste mangels Anmeldungen abgesagt werden. Dies widerspiegelte eine Entwicklung, die den Landesverband herausforderte, sich neu aufzustellen und neue Veranstaltungsformate zu entwickeln. Es gelang immer weniger, die Mitglieder des Vereins sowie Lehrerinnen und Lehrer für die gesellschaftswissenschaftlichen Fächer an Brandenburger Schulen für Vorträge und Workshops zu gewinnen und für eine aktive Mitarbeit zu motivieren. Ebenso stagnierte die Mitgliederzahl. Junge Politiklehrerinnen und -lehrer wurden kaum in den Brandenburger Schuldienst übernommen. Freistellungen für Fortbildungen wurden in Zeiten des zunehmenden Mangels an Lehrkräften in Schulen immer restriktiver gehandhabt.

In dieser Dekade beteiligte sich der Landesverband aktiv an der Diskussion der neuen Rahmenlehrpläne für das Unterrichtsfach Politische Bildung (2004, 2006, 2008, 2010) mittels Stellungnahmen.

2013 – 2021/22

Ab 2013 konzentrierte sich der Verein darauf, an der Universität Potsdam Veranstaltungen zu organisieren, um in Kooperation mit dem Lehrstuhl Politische Bildung und dem Studienseminar Potsdam vor allem zukünftige Politiklehrerinnen und -lehrer zu erreichen: 2013 wurde erstmals zur gemeinsamen Veranstaltungsreihe „Voneinander lernen und sich gemeinsam engagieren!“ eingeladen. Ziel war es, die politische Bildung als gemeinsames Anliegen zukünftiger Politiklehrerinnen und -lehrer und bereits tätiger politischer Bildnerinnen und Bildner in Schule und außerschulischer Arbeit in den Blick zu nehmen, Erfahrungen auszutauschen, sich mit interessanten politischen Themen auseinanderzusetzen, voneinander zu lernen und sich wie auch immer für die politische Bildung zu engagieren. Folgende Veranstaltungen fanden in dieser Reihe statt:

Oktober 2013

Juniorwahl zur Landtagswahl 2013 – ein Schulprojekt der politischen Bildung, gemeinsam mit Kumulus e.V.

Mai 2014

Personen, Parteien, Programme zur Landtagswahl 2014. Gesprächsrunde mit den bildungs- und/oder wissenschaftspolitischen Sprecher/inne/n der im Landtag vertretenen Parteien

Juni 2014

Methodenkiste für den Politikunterricht – Wege zu mehr Differenzierung und Individualisierung im Politikunterricht

September 2014

Werkstattwochenende: Grundfragen und Rahmenbedingungen außerschulischer politischer (Jugend)Bildung an der DGB-Jugendbildungsstätte Flecken Zechlin

Juni 2015

Gesprächsrunde an der Universität Potsdam: „Neue Rahmenlehrpläne für die 1. bis 10. Klasse in Berlin und Brandenburg“ mit Boris Angerer, Projektleitung LISUM (Referat Sekundarstufe I und II/GOST), und Steffen Kludt, Mitglied der RLP-Kommission Politische Bildung/Sek I

Mai 2016

Politische Bildung und Integration - Herausforderungen, Chancen und erste Erfahrungen.

Gesprächsrunde mit Engagierten in Projekten – 3 x Deutschland

Juni 2017

Neue Schulbücher für Politische Bildung auf dem Prüfstand" - Gespräch mit Vertreter/innen der Schulbuchverlage C.C. Buchner, Schöningh und Schroedel

November 2017

Buchlesung zum historischen Stadtführer „1968 in Berlin. Schauplätze der Revolte.“ BraVerl., 2017 durch den Autor Prof. I. Juchler

Januar 2018

Der Landtag Brandenburg als außerschulischer Lernort. Landtagsbesuch und Vorstellung des Bildungsangebotes des Landtages im Landtag Brandenburg

November 2018

Der Landtag Brandenburg als außerschulischer Lernort: Planspiele in der politischen Bildung: Theorie und Praxis im Landtag Brandenburg

Juni 2019

Personen, Parteien und Programme zur Landtagswahl 2019. Bildungspolitikerinnen und Bildungspolitiker in der Diskussion mit dem Publikum (Format: Speed Dating)

Oktober 2019

„DER OSTEN WÄHLT ANDERS“? - wer wen gewählt hat und warum. im Gespräch mit: David Begrich, Prof. Dr. Michael May, Dr. Jochen Roose

November 2019

30 Jahre Friedliche Revolution – Buchlesung: I. Juchler „1989 in Deutschland. Schauplätze der friedlichen Revolution“ eine Reise durch die jüngere deutsche Geschichte.

2017 musste ein neuer Vorstand gewählt werden, der arbeitsfähig war und sich für den Erhalt des Vereins engagierte. Dr. Rosemarie Naumann wurde 1. Vorsitzende.

Der neue Vorstand konzentrierte sich auf folgende Schwerpunkte, um seine Kräfte zu bündeln:

Mitgliederbriefe, Artikel in der POLIS, um Kontakte zu Mitgliedern zu halten und zum Engagement zu ermuntern. Dieser Arbeitsschwerpunkt erhielt besondere Relevanz in den Monaten der Corona-Pandemie mit deren Restriktionen.

Fortsetzen der Veranstaltungsreihe „Voneinander lernen und sich gemeinsam engagieren“ an der Universität Potsdam“ für Studierende, Referendarinnen und Referendare sowie Interessierte, die gemeinsam mit Studierenden vorbereitet und durchgeführt wurden.

Vergeben eines Engagement-Preises gemeinsam mit dem Fachschafftsrat Politik und Verwaltung mit dem Ziel, Engagierte zu würdigen und bekanntzumachen, um für die Politische Bildung, für Engagement und den Verein zu werben. Der Preis wurde dreimal verliehen: Alexander Lipp (LISUM: Schulung von Schülersprecherinnen und -sprecher), Robert Löffler (Projekt Stadt der Kinder), Sara Marschner (Antirassistische und politisch-kulturelle Bildung/Projekte).

Kontakte pflegen zum Bildungsministerium und zu Landtagsabgeordneten, um sich für die Stärkung der schulischen Politischen Bildung stark zu machen – Ziel: das Fach Politische Bildung soll wieder durchgängig mit mindestens einer Wochenstunde ab Klasse 5 in der Schule unterrichtet werden, in der GOST soll es nicht abwählbar sein, mindestens mit einem Kurshalbjahr unterrichtet werden. Für dieses Ziel hat sich der Landesverband seit 2009, mit langem Atem, eingesetzt. Viele Appelle und Gespräche mit den/der Bildungsministern/in, Treffen und Initiativen mit den bildungspolitischen Sprecherinnen und Sprechern der Landtagsfraktionen führten dazu, dass das Fach seit dem Schuljahr 2018/19 in der Sek I zumindest in beiden Doppeljahrgangsstufen unterrichtet werden soll. Im Koalitionsvertrag der Landesregierung für 2019 - 2024 wurde verankert, dass v. a. in den Oberschulen das Fach gestärkt werden soll. Der Verein arbeitete am Landeskonzept für Demokratiebildung mit und wurde und wird zu regelmäßigen Gesprächen in einer Arbeitsgemeinschaft Politische Bildung beim MBS/LISUM eingeladen.

Kooperation mit der Parlamentsdidaktik im Landtag Brandenburg, mit der Landeszentrale für politische Bildung, dem LISUM und dem Kumulus e.V. als Träger der Juniorwahl. Ziel dieser Kooperationen war es, kompetente Wählerinnen und Wähler zu bilden, die um die Bedeutung ihres Wahlrechts wissen und es möglichst auch wahrnehmen. Zu diesem Zweck fanden auch Wähler*innenforen zu Landtagswahlen an der Universität Potsdam statt.

Fort- und Weiterbildung durch Kongresse der politischen Bildung, seit einigen Jahren in Kooperation mit der BpB und BAP. Die Kongresse wurden beim MBS als Fortbildungsveranstaltungen für Lehrerinnen und Lehrer anerkannt.

Im Juni 2021 beging der Landesverband sein dreißigjähriges Bestehen – dreißig Jahre DVPB in Brandenburg bedeuten 30 Jahre Anstrengungen für eine starke politische Bildung in Schule und außerhalb der Schule. Die Festveranstaltung fand am 22.06.2021 unter dem Motto „30 hoch 3 - 30 Jahre DVPB-LV BB - 30 Jahre Politische Bildung - 30 Jahre Demokratie als Herausforderung“ an der Universität Potsdam statt und sollte Rückblicke, Ausblicke und Diskussion bieten.

Die Veranstaltung bekräftigte, dass die Demokratie durch eine starke politische Bildung zu fördern, eine ständige Aufgabe ist, nicht (nur) in „Krisenzeiten, wenn es brennt, als Feuerwehr (Indienstnahme!). Eine nachhaltige Demokratiebildung braucht verlässliche Strukturen in Schule, in der außerschulischen Kinder-, Jugend- und Erwachsenenbildung und eine kontinuierliche grundlegende politische Bildung, welche flexibel genug ist, auf Aktuelles zu reagieren. In Deutschland gibt es dazu vielfältige Akteure, die sich mit spezifischem Wissen und Können einbringen, darunter auch die DVPB Brandenburg. Nachhaltigkeit zu sichern, ist ein Problem bei beschleunigtem gesellschaftlichem Wandel, beim Denken und Gestalten in längerfristigen Zeithorizonten und bei unterschiedlichen Machtverhältnissen und Interessenlagen.

Trotz Erfolge in 30 Jahren DVPB Brandenburg gibt es weiterhin ein weites Betätigungsfeld:

Das Fach Politische Bildung ist weiterhin randständig in Brandenburger Schulen. Es wird in der Sekundarstufe I oft fachfremd unterrichtet. Während der Corona-Pandemie, in einer Zeit von Fake News, Verschwörungstheorien, Rechtspopulismus, gehörte Politische Bildung oft nicht zu den Kernfächern, die zu unterrichten waren. Insofern unterstützt der Landesverband Brandenburg die bundesweite Forderung aller Landesverbände: Politikunterricht muss als zweistündiges Fach in allen Klassen unterrichtet werden!

Weiterhin bestehen unsichere Strukturen und eine Finanzierung unter Vorbehalt in der außerschulischen politischen Bildung. Träger*innen werden oftmals über Projekte gefördert und unterliegen prekären Beschäftigungsverhältnissen. Diese Probleme haben sich unter der Corona-Pandemie noch verschärft. Der Landesverband fordert eine sichere Finanzierung und unterstützt die Stellungnahmen der AG GPJE und der Bundesarbeitsgemeinschaft Politische Bildung (BAP) und die Stellungnahme der DVPB zum Demokratieförderungsgesetz auf Bundesebene.

Ein Problem sind weiterhin Vernetzungsdefizite. Alle, die sich für eine demokratische Kultur in den Kommunen einsetzen (Parteien, Stiftungen, Vereine, die Schule und

außerschulische Akteure), müssen stärker in den Schulen und Kommunen als kulturellem (Lebens)Raum kooperieren und diesen Raum nicht anderen überlassen.

Unsere Vereinigung muss sich stärker „eigener Filterblasen“ bewusstwerden und danach fragen, wie wir jene erreichen, die sich exkludieren oder exkludiert werden. Wir müssen lernen, mit den eigenen Unsicherheiten umzugehen: Meinungspluralismus und seine Grenzen? Wo müssen wir offen sein für das Gespräch, wo müssen wir eindeutig Position beziehen? Auf abstrakter Ebene scheint dies klar zu sein, aber in der konkreten Gesprächssituation in Schule und in Bildungsveranstaltungen ist es schwierig - hier ist mehr zu tun!

Der Verein lebt vom Engagement seiner Mitglieder und durch einen arbeitsfähigen Vorstand! – Wie gewinnen wir neue, engagierte Mitglieder? Wie gelingt es, einen arbeitsfähigen Vorstand zu wählen?

Für alle, die nicht bei der Festveranstaltung dabei sein konnten oder noch einmal nachhören möchten, haben wir die Aufzeichnung des Impulses durch Frau Ziegler, Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, und der Diskussion als Online-Video veröffentlicht: <https://www.uni-potsdam.de/de/politische-bildung/veranstaltungen/30hoch3>.

Im Dezember 2021 (1. Vorsitzende: Dr. Luisa Girnus) und im Dezember 2023 (1. Vorsitzender: Pierre Oliver Kabisch) konnte ein verjüngter Vorstand gewählt werden, der sich weiterhin für eine starke politische Bildung in Schule und außerhalb von Schule engagieren will.

Text: Dr. Rosemarie Naumann, Mitglied des Vorstandes des Landesverbandes der DVPB Brandenburg von 2003 -2022, von 2017 – 2021 als 1. Vorsitzende

Potsdam im Juni 2024